

Berlin und Brandenburg: **Gemeinsam denken – gemeinsam handeln.**

30 Jahre nach der Wiedervereinigung blicken Berlin und Brandenburg auf eine erfolgreiche Partnerschaft zurück. Beide Länder sind nicht nur durch ihre Nachbarschaft und ihre gemeinsame Geschichte miteinander verbunden, sondern profitieren auch gleichermaßen von ihrer regionalen Nähe zueinander. Wir bekennen uns selbstbewusst zur gemeinsamen Metropolregion Berlin-Brandenburg. Die Potentiale der gemeinsamen Zusammenarbeit werden jedoch bis heute bei weitem nicht ausgeschöpft.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung arbeiten auch die Landesverbände der CDU in Brandenburg und Berlin so intensiv zusammen wie nie zuvor. 2018 haben wir mit der Verabschiedung unseres Grundlagenbeschlusses „Gemeinsam stark.“ neue Weichen gestellt. Wir haben gemeinsame Arbeitsgremien geschaffen und den gegenseitigen Austausch verstärkt. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weitergehen. Seit 2019 trägt die CDU in Brandenburg wieder Regierungsverantwortung und leitet das Innen-, Justiz- und Infrastrukturministerium. Das ist auch für Berlin eine gute Entwicklung. Nach der Abgeordnetenhauswahl 2021 will die CDU in der Hauptstadt Rot-Rot-Grün ablösen und wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Denn eine erfolgreiche Entwicklung von Berlin und Brandenburg ist nur mit einer starken CDU in der gemeinsamen Metropolregion möglich.

Unser Ziel ist es, den Lebensalltag der Menschen in Berlin und Brandenburg zu verbessern und Antworten auf zentrale Fragen unserer Zeit zu geben: Wie bewältigen wir den wachsenden Pendlerverkehr zwischen Berlin und Brandenburg so umweltverträglich wie möglich, ohne tägliche Staus auf unseren Straßen und übervolle Züge und Busse? Wie stellen wir sicher, dass es genügend guten und bezahlbaren Wohnraum in der Metropolregion gibt? Und wie stärken wir unsere Sicherheitsbehörden und Justiz, damit die Menschen in der gesamten Metropolregion sicher leben? Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln und diese Aufgaben als gemeinsame Herausforderung begreifen, können wir den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft beider Länder legen.

Die CDU Landesverbände Berlin und Brandenburg haben sich vor diesem Hintergrund auf die folgenden Maßnahmen verständigt:

Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg institutionalisieren

- **Eine Metropolraumkonferenz für die Metropolregion**

Berlin und sein Umland sind ein wachsender Metropolraum mit vielfältigen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten, die eine deutlich engere und regelmäßige Abstimmung zwischen Berlin und Brandenburg erfordern. Deswegen wollen wir eine jährlich stattfindende Metropolraumkonferenz ins Leben rufen. Sie soll sich zusammensetzen aus den Mitgliedern des Senats von Berlin, der Landesregierung von Brandenburg, den Berliner Bezirksbürgermeister/-innen sowie den Bürgermeister/-innen und Oberbürgermeister/-innen der Umlandgemeinden. Gegenstand der Metropolraumkonferenz soll die Erörterung gemeinsamer Entwicklungsziele, die Festlegung verbindlicher Leitlinien für die Gemeinsame Landesplanung sowie die Verabredung gemeinsamer Projekte sein.

- **Sonderausschuss Metropolregion Berlin-Brandenburg**

Um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Landesparlamenten zu intensivieren, soll ein parlamentarischer Ausschuss von Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtages gegründet werden. Da aus verfassungsrechtlicher Sicht die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses nicht möglich ist, sollte jedes Parlament einen eigenen Ausschuss einsetzen. Die beiden Sonderausschüsse sollen gleichzeitig tagen und haben den gemeinsamen Auftrag, die gemeinsame Landesentwicklung besser abzustimmen, gemeinsame Projekte zu besprechen und insgesamt die Metropolregion besser zu verzahnen.

- **IBA 2030 – Eine Bauausstellung für Berlin und Brandenburg**

Das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum des Metropolraums erfordert nicht nur neue, integrierte Planungsinstrumente, sondern auch den Mut zu nachhaltigen Mobilitätskonzepten und baukultureller Innovation. Deswegen wollen wir die Potentiale und Möglichkeiten einer gemeinsamen Internationalen Bauausstellung (IBA) 2030 untersuchen. Im Rahmen der IBA 2030 soll das Wissen und die Erfahrung von möglichst vielen Akteuren innerhalb und außerhalb Berlins und Brandenburgs eingebunden und so gemeinsam Visionen für den Metropolraum entwickelt werden.

Neue Weichen für eine nachhaltige Verkehrspolitik stellen

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat das höchste Pendleraufkommen in Deutschland. Der Ausbau der Infrastruktur hält jedoch bereits seit Jahren nicht mit dieser Entwicklung Schritt. Nur durch gemeinsames Planen und Handeln schaffen wir eine kluge und nachhaltige Verkehrspolitik, die die Grundlage für einen wachsenden Wirtschaftsraum und somit auch für Arbeitsplätze in der Metropolregion darstellt.

- **Bessere Verknüpfung beider Länder/ „Metropolexpress“**

Die Zentren des Landes Brandenburg (Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam) sollen noch besser und enger mit Berlin verknüpft werden, z.B. durch regelmäßige Bahnverbindungen in einem engeren Takt und auf den Ausbau aller Bahnstrecken auf Geschwindigkeiten von bis zu 200 km/h, wo immer dies wirtschaftlich darstellbar ist. Die kreisfreien Städte sollten mehrmals stündlich per Metropolexpress mit Berlin verbunden werden.

- **Ausbau der Schieneninfrastruktur**

Im Rahmen des Projekts „i2030 – Mehr Schiene für Berlin und Brandenburg“ wollen wir die Schieneninfrastruktur in der Hauptstadtregion erheblich ausbauen. Dazu zählt z.B. der Ausbau der Bahnstrecken nach Rangsdorf, Velten und Nauen. Wir setzen uns für den Wiederaufbau der Stammbahn zwischen Berlin und Potsdam sowie der Heidekrautbahn ein. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass alle S-Bahnstrecken wieder durchgängig zweigleisig befahrbar werden, soweit dies für eine Takterhöhung im 10-Minuten-Takt notwendig ist.

- **Ausweitung der Tarifzone B**

Wir wollen die Tarifzone B bis zum ersten Brandenburger Bahnhof hinter der Stadtgrenze ausweiten. Denn nur, indem wir den Berufspendlern ein Angebot machen, das sie finanziell entlastet, können wir sie dazu bewegen, schneller vom PKW auf den Regionalverkehr und den ÖPNV umzusteigen – und damit die Verkehrssituation nachhaltig entspannen. Auch der Flughafen BER sollte in den Tarifbereich B einbezogen werden.

- **Ausbau Park & Ride und Bike & Ride**

Um Pendlern ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr zu bieten und so dauerhaft für weniger Staus und weniger Stress für alle Verkehrsteilnehmer zu sorgen, wollen wir in enger Zusammenarbeit die Park & Ride und Bike & Ride-Stellplätze an den ÖPNV-Haltestellen an der Berliner

Stadtgrenze sowie im Umland ausbauen. Die Bundesländer sollen hierfür mit den betroffenen Kommunen einen gemeinsamen Masterplan entwickeln.

- **Entwicklung des Flughafens BER**

Wir wollen dafür sorgen, dass die gesamte Hauptstadtregion vom neuen Flughafen profitieren kann. Dafür benötigt der BER vor allem eine schnelle und verlässliche Verkehrsanbindung. Notwendig ist nicht nur der deutliche Ausbau des Straßennetzes, sondern auch des Streckennetzes von Bus und Bahn. Dazu gehört für uns insbesondere die Verlängerung der U7. Die Finanzierung ist zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund abzustimmen. Außerdem wollen wir die Ausbauplätze, inklusive des alten zu ertüchtigenden Terminals sichern und neue Interkontinentalverbindungen ansiedeln.

Gemeinsam mehr, schneller und günstiger bauen.

Nicht nur in Berlin, auch im Umland, mangelt es an Wohnungen. Das fehlende Angebot an bezahlbarem Wohnraum führt bereits seit vielen Jahren dazu, dass mehr und mehr Berlinerinnen und Berliner die Hauptstadt verlassen und in die umliegenden Brandenburger Landkreise ziehen. Mittlerweile ist der Zuzug nach Brandenburg so groß, dass auch dort die Mieten steigen und die Menschen Probleme haben, eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden. Deswegen setzen wir uns als CDU dafür ein, dass mehr, schneller und günstiger gebaut werden kann.

- **Zusammenarbeit bei Wohnbaulandentwicklung, Raumordnung und Regionalplanung**

Die Zusammenarbeit beider Länder bei Wohnbaulandentwicklung, Raumordnung und Regionalplanung soll erheblich ausgebaut werden. In Brandenburg liegende stadtnahe Flächen des Landes Berlin sollen auf ihre Eignung zur Bebauung geprüft werden. Chancen sollen gemeinsam genutzt und gestaltet werden. Für Wohnbebauung wie Infrastruktur gilt, dass das Denken nicht an der Landesgrenze aufhören darf. Die von uns geforderte Metropolraumkonferenz kann Treiber und Beschleuniger der notwendigen Entwicklung werden.

- **Harmonisierung der Landesbauordnungen von Berlin und Brandenburg**

Brandenburg wird 2020 die Vereinfachung seiner Landesbauordnung beschließen. Das Bauen in Brandenburg soll damit schneller, einfacher und umweltfreundlicher werden. Angesichts der oftmals die Landesgrenzen überschreitenden Aktivitäten ist diese Vereinfachung in Brandenburg jedoch nur die eine Seite der Medaille. Aus Sicht von Bauexperten ist für einen wirklichen Schritt in Richtung Entbürokratisierung dringend eine Angleichung der Berliner Bauordnung an die Brandenburgische Norm notwendig.

Für eine starke Sicherheitspartnerschaft

Alle Menschen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg haben das Recht auf ein Leben ohne Furcht vor Straftaten und Gewalt. Unser Ziel als Christdemokraten ist es, nicht nur die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder, sondern auch die Demokratie als unser wertvollstes Gut bestmöglich vor Angriffen zu schützen.

- **Intensivierung der Zusammenarbeit der Landespolizeibehörden**

Wir wollen, dass die Landespolizeibehörden von Berlin und Brandenburg bei der Verbrechensbekämpfung enger und effektiv zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit auf ein rechtliches Fundament stellen. Der rot-rot-grüne Berliner Senat sabotiert dieses Vorgehen jedoch. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz fällt der Senat nicht nur den eigenen Beamten in den Rücken; es belastet auch die Zusammenarbeit der Landespolizei Brandenburg mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern daher eine umgehende Abkehr von diesem Gesetz. Außerdem sind dringend Nachbesserungen beim Entwurf des neuen Polizeigesetzes von Rot-Rot-Grün notwendig, da dieser weit hinter Polizeigesetze anderer Länder zurückfällt und die Anforderungen an einen modernen Polizeidienst nicht erfüllt. So enthält es beispielsweise weder die dringend notwendige Regelung zum sog. „finalen Rettungsschuss“ noch zum Einsatz von Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten.

- **Kampf gegen Extremismus**

Taten wie das Attentat auf Walter Lübcke oder der antisemitische Anschlag in Halle sind leider nur die Spitze einer Zunahme an rechten Gewalttaten. Nicht erst seit dem Erstarken der AfD und speziell des „Flügels“ professionalisiert sich das rechtsextreme Spektrum in Deutschland immer mehr. Wir als CDU treten jeder Form von Extremismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten

auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Wir brauchen daher einen effizienten und einsatzfähigen Verfassungsschutz und personell und technisch gut aufgestellte Sicherheitsorgane.

- **Angleichung der Richtergesetze von Berlin und Brandenburg**

Ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit in der Metropolregion Berlin-Brandenburg sind die gemeinsamen Gerichte wie das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg oder das gemeinsame Landessozialgericht. Dennoch gibt es immer noch große Unterschiede in den beiden Richtergesetzen der Länder Berlin und Brandenburg. So gilt als Altersgrenze in Berlin das 65. Lebensjahr, während Brandenburger Kollegen bis 67 arbeiten. Wir als CDU setzen uns dafür ein, dass Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung an einer Harmonisierung der Richtergesetze arbeiten und die Regelungen stärker annähern.